

fung seiner Dienstfähigkeit“ auferlegen. Den totalen Umschwung im Rathaus bewirkte der Oberbürgermeister selber durch ein bündiges Schreiben an den SPD-Ortsverband: „Ich erkläre hiermit meinen sofortigen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei.“

In dem Uralt-Sozialisten (Eintrittsjahr: 1919) hatte sich allerlei Ärger über seine Rats-Genossen aufgestaut. Schon Ende vergangenen Jahres war vom Stadtrat gegen Hocheders Willen beschlossen worden, dem örtlichen Gewerbeverein für die Vorweihnachts-Aktion „Schwabach im Lichterglanz“ den traditionellen Zuschuß zu gewähren. Hocheder aber mochte den Verein nicht, denn dieser hatte ihm vorgeworfen, er berufe die — vorgeschriebenen — Bürgerversammlungen seit Jahren nicht mehr ein.

Im Februar stellte Hocheder, einsam entschlossen („Die Stadträte brauch' ich nicht“), der in Bayreuth ausgesperrten NPD den Schwabacher „Markgrafensaal“ für einen Bundesparteitag zur Verfügung. Von seinen Stadträten zur Rede gestellt, warum er nicht wenigstens die vorsorglichen Sicherheitsmaßnahmen mit dem Polizeichef besprochen habe, erwiderte Hocheder: „Weil der Herr Kohn einen ganz verlogenen Artikel in das ‚Schwabacher Tagblatt‘ gebracht hat.“

Polizeiammann Paul Kohn hatte über einen Monat lang darüber geschwiegen, daß OB Hocheder mit seinem Dienstwagen am 17. Dezember 1968 gegen ein parkendes Auto gerammt und, ohne auszusteigen, nach Hause gefahren war. Nachdem auswärtige Zeitungen die Meldung gebracht hatten, bestätigte sie Kohn auf Anfrage auch dem „Tagblatt“.

Nürnbergers Oberstaatsanwalt Hans Sachs, bei dem die Akte Hocheder liegt: „Die Angelegenheit hat den Geruch von Fahrerflucht.“ Der Oberbürgermeister findet diese Ansicht „ungeheuerlich“. Freilich setzt er sich nicht mehr ans Steuer, seit der TÜV sein Reaktionsvermögen getestet hat. Der Test fiel so aus, daß der OB seinen Führerschein freiwillig der örtlichen Verwaltungsbehörde überließ.

Die örtliche SPD zog aus alledem den Schluß, Hocheder habe auch „die Orientierung über die politischen Ereignisse im Lande verloren“ und möge zurücktreten. Um das durchzusetzen, suchten die Genossen — stärkste Rathauspartei, aber mit elf von 26 Sitzen nicht im Besitz der Mehrheit — Kontakt zur bisherigen Hocheder-Opposition, den Bürgerlichen.

CSU-Fraktionschef Heinz Mußbach aber will den OB nun schonen: „Ihn nunmehr nur deshalb, weil er aus ehrlichen, demokratischen Überlegungen aus der SPD ausgetreten ist, nicht gerade anständig aus dem Amt entfernen zu sollen, findet bei der Fraktion der CSU und bei mir kein Verständnis.“

Schließlich beantragten die SPD-Räte, dem OB amtsärztlich Dienstunfähigkeit bescheinigen zu lassen. Bayerns Gesetze sehen diese Möglichkeit vor. Fällt der Befund negativ aus, folgt der Ruhestand. Die CSU zeigte sich

nach diesem Schritt in „tiefster Betroffenheit über die nahezu unfaßbare, unfaire, unmenschliche und undankbare, in der Geschichte Bayerns einmalige Art“ des sozialdemokratischen Vorgehens gegen Hocheder. Und mit 13 Mann überstimmten CSU und FDP den Antrag der elf Sozialdemokraten.

SPD-Ortsvorsitzender Kurt Kestler sieht seit diesem Beschluß den nächsten Kommunalwahlen in Schwabach 1970 mit Sorge entgegen: „Weiß Gott, wie die für uns ausgehen.“

## BUNDESPRÄSIDENT

### GESCHENKE

#### Das Ding

Altersheime und Waisenhäuser rund um Bonn erhielten in den letzten Wochen exotisches Gebrauchsgut gratis frei Haus. Absender der Sandalen, Ledertaschen und Textilien: die Villa Hammerschmidt.

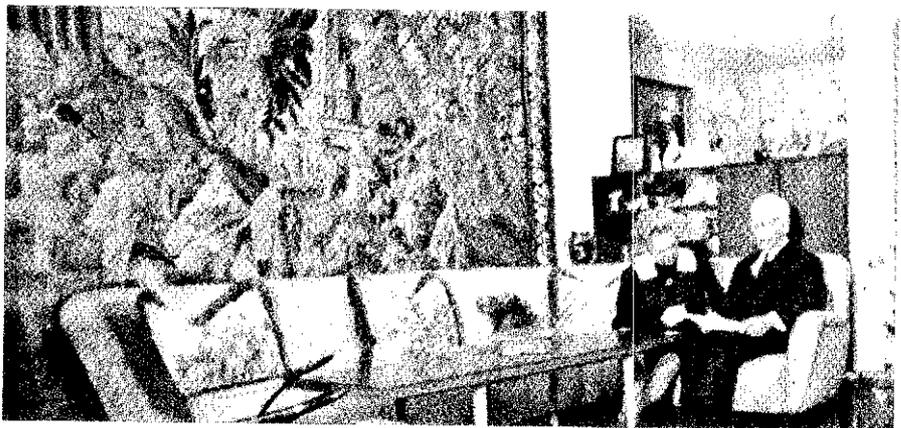
Denn Bundespräsident Heinrich Lübke, der am 30. Juni in Pension geht, räumt auf. Was der unermüdete Staatsbesucher (14 Reisen in 30 Länder) in zehn Jahren Amtszeit an Gastgeschenken einsammelte und was ihm

sind, weil sie dort vergammeln würden, haben wir gleich zweckentsprechend und sinnvoll fortgegeben.“

Tiere wie zum Beispiel ein Löwe, Geparden, Kronenkränche und Affen, die Lübke bei seiner Staatsreise nach Tschad und Niger im Februar dieses Jahres geschenkt bekommen hatte, wanderten in die zoologischen Gärten von Köln, Berlin, München, Saarbrücken und Wuppertal.

Unter allen Geschenken hatten Heinrich und Wilhelmine Lübke eins besonders lieb gewonnen: einen alten französischen Gobelin, den anlässlich des triumphalen Staatsauftritts von Charles de Gaulle 1962 in Westdeutschland Madame de Gaulle der Frau des Gastgebers überreicht hatte. Den Wandteppich, der tanzende Chinesen vor Pagode und Teehaus zeigt und auf 20 000 Mark Wert geschätzt wird, wollen die Lübkes in ihr Eigenheim auf dem Bonner Venusberg mitnehmen — und zwar auf Lebenszeit als Dauerleihgabe des Staates.

Auf des Präsidenten Wunsch hatte sich der inzwischen als Botschafter an den Vatikan abgewanderte Präsidialamts-Staatssekretär Hans Berger im April vom Präsidenten des Bundesrechnungshofes Volkmar Hopf „ein



Ehepaar Lübke, Leih-Gobelin: „fiskalisch erfaßtes Ehrengut“

von Gästen nach Bonn mitgebracht wurde — „fiskalisch erfaßtes Ehrengut“, so Lübkes Pressereferent Erich Raederscheidt —, teilt er unter Assistenz seines persönlichen Referenten Hermann Sehrbrock säuberlich in: das winzige Persönliche und das erkleckliche Amtliche. Dabei schaffte er zugleich Platz für den Geschenk-Segen, der seinen Nachfolger Gustav Heinemann erwartet.

So übergab Lübke zum Beispiel Lanzen, Schilde, Skulpturen und Plastiken aus afrikanischen Staaten der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer zur Ausschmückung in der ehemaligen Borsig-Villa in Berlin-Tegel. Eine wertvolle, viereinhalb Jahrtausende alte Alabaster-Vase aus Ägypten erhielt die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zur Ausstellung in der Neuen Nationalgalerie in Berlin.

Ministerialdirektor Albert Einsiedler, bis zum 30. Juni Leiter des Präsidialamtes: „All die Sachen, die in keiner Asservatenkammer zu verwahren

allgemeines Rechtsgutachten“ erbeten. Hopf sollte darüber Auskunft geben, ob Teppich-Verleih und Spenden-Aktion Rechtens seien. Er fand: ja.

Was den Gobelin anging, so könne man schließlich „die Eigenart der auf die Person bezogenen Widmung bei den Geschenken nicht außer acht lassen“. Auch als Ex-Präsident habe Lübke Anspruch auf persönliche Ausstattung.

Keine Verwendung fand Lübke bisher für einen Rohdiamanten im Wert von 100 000 Mark, den Generalleutnant Mobutu, Präsident von Kongo-Kinshasa, im März in Bonn abgeladen hatte. Denn: Ausgestellt könne der Diamant nicht werden, da das aufwendige Sicherheitsvorkehrungen erfordere; andererseits, so Lübke, „kränktes die Kongolesen vielleicht, wenn wir das Ding verkaufen und den Erlös der Stiftung ‚Hilfe in Not‘ zukommen lassen“.

Vorschlag eines Beraters: das Problem auszuklammern und Gustav Heinemann zu überlassen.